

02/23

Informationen
der
Vereinten
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Landesbezirk

Bayern

Klausur des Landesausschusses der Beamt*innen ver.di Bayern

Der Ausschuss fordert deutliche Einkommenserhöhung für die Beamt*innen in Bayern entsprechend der Tarifforderung im Länderbereich

aktiv – fortschrittlich – kompetent –



Die Teilnehmenden an der Klausur des LABB. Rechts ganz oben Andreas Splanemann, Leiter Bereich Beamt*innen und rechts neben ihm Christian Hoffmeister, zuständig für Bereich Beamt*innen in der Bundesverwaltung von ver.di

In der Klausur am 23. und 24. Oktober 2023 hat sich der Landesausschuss neben anderen Themen mit der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde befasst. Dabei wurde die Übernahme des Tarifergebnisses in der Länderrunde gefordert. Ver.di fordert in den am 26. Oktober 2023 begonnenen Verhandlungen 10,5 % mehr Gehalt, mindestens 500 Euro. Betroffen hiervon sind die Beamt*innen der Länder und der Kommunen. Für die Verhandlungen sind bisher drei Termine festgesetzt. Die letzte Runde ist für den 07. / 08.12.2023 geplant.

Der Landesausschuss hat sich mit vielen weiteren Themen befasst. Wichtigstes ist in Bayern die Neuregelung der orts- und familienbezogenen Bestandteile der Besoldung. Grundsätzlich wird die Neuregelung zwar begrüßt, es fehlt aus Sicht von ver.di aber eine Anhebung der Zuschläge in den Gebieten mit den Mietenstufen I bis VI gerade für Ledige und eine Verbesserung für Verheiratete und Partnerschaften, da nur dadurch Anreize geschaffen werden, um dem drohenden Personalmangel entgegenzuwirken. Es ist richtig, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, gerade die Bezahlung für Beamt*innen mit Kindern zu verbessern, das darf aber nicht auf Kosten anderer Beschäftigter erfolgen.

Nachwuchskräfte zu gewinnen ist die Herausforderung der nächsten Jahre. An einigen Beispielen, wie in der Finanzverwaltung, wurde dies deutlich. Eine verlässliche Besoldungspolitik kann nach Meinung des Landesausschusses dazu beitragen, den öffentlichen Dienst attraktiv zu gestalten.

Aber auch die Versorgung als wichtiger Bestandteil darf nicht von der Entwicklung abgekoppelt werden, die gestiegenen Lebenshaltungskosten betreffen genauso die Versorgungsempfänger*innen. Zudem müssen die Hinzuerdienstgrenzen überarbeitet werden, ähnlich wie im Rentenrecht.

ver.di fordert auch Verbesserungen bei der Beihilfe. Durch die Anhebung des Beihilfesatzes auf 70 % für die Beihilfeberechtigten bereits ab einem Kind kann eine Entlastung bei den Gesundheitskosten erreicht werden. An dieser Forderung werden wir festhalten, der Bund plant ähnliche Verbesserungen in diesem Bereich. Hier wird Bayern doch nicht nachstehen wollen.

Handeln statt Hoffen!

Jetzt Mitglied werden!

Ich finde, ver.di hat eine gute Arbeit geleistet und jetzt werde ich Mitglied.

Jetzt online beitreten:

<http://www.mitgliedwerden.verdi.de>